

Umweltgesetzbuch gescheitert

Am vergangenen Sonntag teilte der Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD) in Berlin mit, das geplante Umweltgesetzbuch (UGB) sei nunmehr endgültig gescheitert.

Gabriel betonte, die Verhandlungen um das UGB seien im Wesentlichen durch den Widerstand des Bundeslandes Bayern, der mangelnden Kompromissbereitschaft auf Seiten der CDU aber auch aufgrund der erheblichen Kritik durch die Wirtschaftsverbände blockiert und schließlich vereitelt worden.

Das Umweltgesetzbuch wird seit mehreren Jahren diskutiert. Union und SPD haben in ihrer Koalitionsvereinbarung ein entsprechendes Gesetzbuch angekündigt, ein umfassender Entwurf wurde letztes Jahr vorgelegt und im Rahmen einer Verbandsanhörung zur Diskussion gestellt. Ziel des Gesetzentwurfes war es ursprünglich, die rund 10.000 deutschen Umweltgesetze und -verordnungen zu bündeln.

Der ZDS hatte sich aktiv an den Diskussionen um die neuen Regelungen im Umweltbereich beteiligt. Während wir das grundsätzliche Ziel einer Zusammenführung der bisher getrennten Fachgesetze im Umweltbereich im Wesentlichen begrüßt haben, hat der ZDS gleichzeitig mehrfach und eindringlich darauf hingewiesen, dass der Entwurf in Teilen gegen Vereinbarungen des Koalitionsvertrages verstößt und in der Praxis des Hafenschlages nicht umsetzbar ist. Der Entwurf des UGB sah in seiner letzten Fassung nämlich nicht nur eine ausschließliche Zusammenführung von Verfahrensvoraussetzungen vor, sondern regelte zusätzlich eine Reihe von Verschärfungen des bestehenden Umweltrechts, die in der praktischen Umsetzung zu erheblichen wirtschaftlichen wie rechtlichen

Mehrbelastungen für die deutsche Hafenwirtschaft hätten führen können.

Vor diesem Hintergrund hatte der ZDS stets den Bedarf einer Überarbeitung der Entwürfe des neuen Umweltrechts betont. Die aktuelle Rücknahme der Entwürfe zeigt, dass die Gesetzesinitiative den Anforderungen der wirtschaftlichen Praxis an eine moderne Umweltgesetzgebung nicht gewachsen war.

„Wir halten Kurs...“

Das ist das gemeinsame Ergebnis eines Gespräches Ende letzten Jahres zwischen dem ZDS, der Vertreterin des Bundesverkehrsministerium (BMVBS) – die Parlamentarische Staatssekretärin Roth – und dem Mitglied des Vorstands der Bundesagentur für Arbeit, Herrn Alt, über die Qualifizierungsoffensive für Langzeitarbeitslose.

„Ich freue mich, dass die Qualifizierungsoffensive so erfolgreich ist und alle profitieren. Arbeitslose erhalten Arbeit und die Seehafenbetriebe ausgebildetes Personal“, so die Parlamentarische Staatssekretärin Roth.

Eine Qualifizierungsoffensive, wie sie auf der Nationalen Maritimen Konferenz 2006 verabredet wurde, soll bis zum Jahr 2012 rund 2.800 Beschäftigungen in den Hafen- und Logistikbetrieben der deutschen Seehäfen schaffen.

Zur Umsetzung wurde das „Maritime Kompetenzzentrum“ (ma-co) unter Einbindung der bereits bestehenden Aus- und Fortbildungszentren gegründet. Es gewährleistet einheitliche Qualifizierungsstandards in der gesamten Küstenregion.

Das Maritime Kompetenzzentrum ma-co arbeitete bereits 2008 erfolgreich und bot modularisierte Bildungsangebote, z.B. zur Fach-

kraft im Umschlag oder den Kompetenzpass Hafen an. Außerdem werden in verschiedenen Berufen Facharbeiter ausgebildet. Neben der Theorie ist die Praxis in den jeweiligen Seehafenbetrieben ein zentraler Bestandteil des Bildungsangebotes.

Als erstes Zwischenergebnis kann schon heute festgehalten werden: Die Qualifizierungsoffensive ist sehr erfolgreich. Bereits im Jahr 2007 wurde im Rahmen der Qualifizierungsoffensive insgesamt 700 Arbeitssuchenden eine dauerhafte Beschäftigungsperspektive geboten, wobei 500 Arbeitsplätze neu geschaffen und rund 200 durch zusätzliche Qualifizierungen erhalten wurden.

Im Jahr 2008 wurden rund 900 ehemals Langzeitarbeitslose über die Qualifizierungsoffensive in den Arbeitsmarkt integriert; zwei Drittel durch Neueinstellungen und ein Drittel durch Zusatz-Qualifizierungen.

Insgesamt konnte 1.600 Arbeitssuchenden eine neue Perspektive in der deutschen Hafenwirtschaft geboten werden.

Ab Beginn des Jahres 2009 ist vorgesehen, rund 700 weiteren Personen mit Hilfe des Engagements des Maritimen Kompetenzzentrums eine Beschäftigungsperspektive in der Hafenwirtschaft zu bieten.

Die Hafenumschlagbetriebe und ihre Partner in den Arbeitsagenturen und Arbeitsgemeinschaften halten damit an der Qualifizierung von Arbeitslosen und Beschäftigten fest und gehen weiterhin davon aus, dass die konservativ angelegte Bedarfsschätzung von 2.800 Fachkräften bis zum Jahr 2012 realisiert wird.

Die Qualifizierungsoffensive bleibt ein in Deutschland herausragendes Projekt und bietet auch weiterhin große Chancen für die Seehafenwirtschaft und den Arbeitsmarkt.